

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d



## Inhalt

Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, würdigt Leben und Arbeit von Fritz Sänger: Wir werden ihn vermissen.  
Seite 1

Gerhard Schröder MdB, Spitzenkandidat der SPD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, setzt sich mit der Wirtschaftspolitik von Ministerpräsident Albrecht auseinander: Desolote Lage.  
Seite 3

Rudi Arndt MdEP, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, hält Frau Thatcher vor, EG-Gelder für Großbritannien zu blockieren: Starrsinn.  
Seite 5

Zum Tode von Fritz Sänger  
Seite 6

39. Jahrgang / 145

31. Juli 1984

Zum Tode von Fritz Sänger

Wir werden ihn und seinen guten Rat vermissen

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Rast- und ruhelos war Fritz Sänger Zeit seines Lebens - jetzt starb er fast 83jährig in Ausübung seines geliebten Journalistenberufes, kurz nachdem er einen Artikel für den von ihm gegründeten SPD-Pressedienst geschrieben hatte. Die deutschen Sozialdemokraten haben einen ihrer Besten verloren.

Fritz Sänger, 1901 in Stettin geboren, hatte eine harte Lebensschule hinter sich: Durch den frühen Tod des Vaters war ihm aus finanziellen Gründen der Weg zur Höheren Schule versperrt. Aber es gelang ihm, mit Hilfe von Stipendien Volksschullehrer zu werden. Bereits mit 19 Jahren wurde ihm vom preußischen Lehrerverein in Magdeburg die Redaktion seiner Zeitschrift "Der Ruf" übertragen. Im gleichen Jahr trat Fritz Sänger der SPD bei.

Nachdem Sänger als Journalist "Blut geleckt" hatte, verzichtete er auf den Lehrerberuf und widmete sich ganz der schreibenden Zunft. Er arbeitete sich beim "General-Anzeiger für Stettin und die Provinz Pommern" vom Volontär bis zum politischen Redakteur hoch. Fritz Sänger war, seiner Persönlichkeit und seinem Leben nach, eine Ausnahmeerscheinung im deutschen Pressewesen: Während der Nazi-Herrschaft betrieb er mit Gesinnungsfreunden ein Pressebüro, das aber bald aufgrund zahlloser Behinderungen der Machthaber schließen mußte. Er arbeitete im Untergrund eng mit führenden Sozialdemokraten wie Theodor Haubach, Julius Leber, Carlo Mierendorff zusammen und hatte das Glück, mit dem Leben davonzukommen.

Nach dem Ende der Hitlerei gründete er den Sozialdemokratischen Pressedienst, wurde dann jedoch bald zum ersten



Chefredakteur der Deutschen Presseagentur berufen. Über ein Jahrzehnt hat er die dpa souverän geleitet, obwohl ständig unter dem Druck wenig liberaler Unionskreise stehend; der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer sagte ihm unverblümt, daß er nicht von einem Mann "mit dem falschen Parteibuch" informiert werden wollte.

Das Stehvermögen, das Sänger in dieser Zeit bewies, als sich der dpa-Aufsichtsrat dem politischen Druck der Konservativen beugte, hat Fritz Sänger zum Vorbild eines selbstbewußten Journalismus gemacht. Er ist in den vielen Jahren seither ein sensibler, kritischer und selbstkritischer Begleiter der Entwicklung des deutschen Presse- und Rundfunkwesens geblieben. Zu seinem 80. Geburtstag hat seine Partei einen Fritz-Sänger-Preis für unabhängigen, kritischen Journalismus geschaffen.

Ein "Gutes" hatte der Rausschluß von Fritz Sänger aus der dpa für die SPD: Ihm verdanken wir wesentliche Arbeit bei der Formulierung des Godesberger Programms von 1959. Wer weiß heute noch, daß die der Öffentlichkeit vorgelegte letzte Fassung seiner redaktionellen Feder entstammt?

In den Jahren 1961 bis 1969 war Fritz Sänger Mitglied des Deutschen Bundestages und bekleidete in den Folgejahren zahlreiche Ehrenämter in der SPD, so als Mitglied der Bundesschiedskommission und des Seniorenrates der SPD. Es ist keine Übertreibung, wenn ich sage, daß Fritz Sänger - ohne je ein Staatsamt ausgeübt zu haben - einen wesentlichen Anteil an der demokratischen Entwicklung unserer Bundesrepublik gehabt hat.

Nicht nur wir Sozialdemokraten werden seinen klugen Rat vermissen. Aber gerade wir hätten gern seine Anregungen gehört zu unserer nun beginnenden neuen Programmdiskussion. Doch nicht nur uns hätte er noch viel zu sagen gewußt. Gerade den Jungen, von denen Fritz Sänger stolz erzählte, daß sie bei ihm authentische Informationen suchten, wird er sehr fehlen.

Wir Sozialdemokraten fühlen uns Fritz Sänger verpflichtet. Wir werden versuchen, sein Lebenswerk fortzusetzen. Für uns wird Fritz Sänger weiterleben. (-/31.7.1984/vo-he/rs)

+ + +



Der Arbeit eine Zukunft geben!

Ernst Albrecht hat Niedersachsen in eine desolatte wirtschaftliche Lage gebracht

Von Gerhard Schröder MdB

Spitzenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen

Die Politik Ernst Albrechts und der CDU hat Niedersachsen in eine desolatte wirtschaftliche Situation gebracht. Im Juni dieses Jahres waren immer noch mehr als elf Prozent Niedersachsen arbeitslos. Dabei wächst der Abstand zwischen Niedersachsen und dem Bundesgebiet. Während in anderen Bundesländern die Arbeitslosigkeit jedenfalls nicht mehr wächst, wird sie - wenn diese Politik weitergemacht wird - in Niedersachsen auch mittelfristig weiterwachsen.

Daraus wird deutlich: Niedersachsen braucht eine neue Regierung.

Wir brauchen vor allem eine neue Wirtschaftspolitik, neu im Inhalt und demokratisch in der Methode, die der Arbeit im Lande wieder eine Zukunft gibt. Arbeit schaffen für jene 343.219 Arbeitslose in Niedersachsen (darunter 18.680 Jugendliche unter 20 Jahre) - das entspricht unserer Verantwortung für ihre Lebensschicksale. Diese Menschen können nicht auf steigende Aktienkurse und höhere Dividenden bauen. Ihre Existenz hängt ab von ihrer Hände, ihrer Köpfe Arbeit.

Deshalb müssen wir die Wirtschaftspolitik in Niedersachsen neu organisieren. Es genügt nicht mehr, sich auf den Staat zu verlassen, ohne von vorne herein die Unternehmer, die Gewerkschaften, die Wissenschaftler und Forscher in den Meinungs- und Willensbildungsprozeß mit einzubeziehen. Aber es genügt auch nicht mehr, sich auf den Markt zu verlassen, ohne den Sachverstand und die Kenntnisse der Bürgermeister und Landräte vor Ort und den Überblick bei vielen öffentlichen Verwaltungen in Niedersachsen zu nutzen.

Dieses gemeinsame Planen am runden Tisch werde ich als Ministerpräsident selbst organisieren. Es ist ein Kernstück unserer Wirtschaftspolitik, ich nenne sie: eine Wirtschaftspolitik für alle und mit allen.

Dabei werden die Konflikte der Arbeitsgesellschaft nicht weggewischt. Konflikte wird es weiter geben: zwischen Kapital und Arbeit; zwischen öffentlichen und privatem Interesse; zwischen den hergebrachten Industrie- und Zukunftstechnologien; zwischen Stadt und Land.



Aber diese Konflikte können nach meiner Vorstellung nur demokratisch und nicht autoritär, sie müssen frühzeitig gelöst werden. Nur mit einer Wirtschaftspolitik für alle, mit einer solchen gemeinsamen Anstrengung bringen wir Niedersachsen aus dem wirtschaftlichen Loch heraus, in das es Albrecht gebracht hat.

Auch inhaltlich müssen dabei neue Akzente gesetzt werden. Niedersachsen hat eine gute Tradition als Industrieland und ein Potential an qualifizierten und gut ausgebildeten Arbeitnehmern in den alten Industriestandorten. Wir werden uns daher sehr genau überlegen müssen, wo wir unsere knappen finanziellen Mittel einsetzen, damit die Facharbeiterschaft in den Räumen, in denen sie verwurzelt ist, wieder eine sichere Zukunft hat. Denn die Facharbeiter machen mit ihrem hohen Ausbildungsstand und ihrer Leistungsfähigkeit das wichtigste Kapitel in unserem Lande aus.

Wir werden also die niedersächsische Stahlindustrie nicht aufgeben und wir werden niedersächsische Werften nicht eine nach der andern vor die Hunde gehen lassen. In diesen Unternehmen können mit dem vorhandenen technischen Sachverstand, mit dem hochentwickelten know-how neue Produkte geschaffen werden. Dabei wird es auch um die Entwicklung neuer Technologien gehen. Diese neuen Technologien bedürfen der gesellschaftlichen Kontrolle. Das heißt konkret: Wir brauchen nicht weniger, wir brauchen mehr Mitbestimmung.

Und wir wissen: neue Techniken schaffen nicht nur Arbeit. Sie vernichten auch Arbeitsplätze. Dort, wo Arbeit für Menschen weniger wird, muß sie anders verteilt werden.

Dies erfordert die Solidarität mit denen, die keine Arbeit haben. Das ist aber auch notwendig, um derjenigen willen, die noch in Arbeit und Brot sind und um ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Deshalb müssen alle Formen der Arbeitszeitverkürzung genutzt werden. Die jeweiligen Gewerkschaften wissen am besten, welche Form für ihren Bereich die nützlichste ist.

Fest aber steht: Der Kampf der IG Metall um die 35-Stunden-Woche war ökonomisch richtig und er war gesellschaftspolitisch notwendig. Was immer man im einzelnen gegen den jetzt angenommenen Tarifabschluß einwenden mag, der Kampf der IG Metall hat ein Tabu gebrochen. Er ist deshalb erfolgreich geführt worden. (-/31.7.1984/vo-he/rs)

+ + +



Fehler über Fehler

Frau Thatcher läuft mit ihrem Starrsinn Gefahr, daß die EG-Gelder für Großbritannien blockiert werden

Von Rudi Arndt MdEP

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Frau Thatchers Reaktion zur Haltung der Mehrheit des Europaparlaments zur Freigabe von Geldern für Großbritannien zeigt eigentlich nur, wie wenig sie von all dem versteht. Sie macht Fehler über Fehler und übersieht mit naivem Starrsinn, daß nur sie die Verantwortung dafür trägt, daß solche Beschlüsse gefaßt werden.

Bei diesen Geldern handelt es sich um den Haushaltsausgleich für 1983. Diese Beträge hatte das Europäische Parlament grundsätzlich bewilligt, aber die Auszahlung von einer Reihe Bedingungen abhängig gemacht und deshalb im Haushalt 1984 in ein Reservekapital eingesetzt. Die Hauptbedingung dabei war, daß das Geld zur Behebung der Arbeitslosigkeit für bestimmte Projekte ausgegeben werden sollte, an denen sich auch die britische Regierung finanziell beteiligen mußte.

Zwar stimmte die britische Regierung diesem Vorgehen für die Gelder aus 1983 zu, verlangte aber gleichzeitig, daß die entsprechenden Verordnungen nur einmal gelten sollten. Künftige Ausgleichszahlungen sollten von Anfang an bei Großbritannien verbleiben, von Margret Thatchers Regierung so ausgegeben werden, wie sie und nur sie das wünschte.

Außerdem handelt es sich um Geld aus dem EG-Haushalt 1984. Und der stimmt hinten und vorn nicht. Deshalb muß er durch einen Nachtragshaushalt korrigiert werden. Den aber blockiert Margret Thatcher im Ministerrat, indem sie einfach ihre Zustimmung nicht gibt.

Nun hat eine Mehrheit des Europäischen Parlaments einfach das getan, was sie von Margret Thatcher gelernt hat: Es verweigert die Zustimmung. Das Parlament muß seine Zustimmung zur Freigabe der Gelder geben und wendet einfach den Satz der eisernen Lady an: "Jetzt nicht, vielleicht beim nächsten Mal". Frau Thatcher mag Recht haben, wenn sie das als "absolut verachtungswürdig" und als "sehr kleinlich und knauserig" bezeichnet. Aber damit charakterisiert sie doch nur ihr eigenes Verhalten im Ministerrat, das vom Europäischen Parlament übernommen wurde.

Dabei könnte sich Frau Thatcher ja eigentlich auf die Sozialdemokraten und Sozialisten verlassen. Sie waren nämlich von Anfang an für einen fairen Ausgleich mit Großbritannien. So habe ich mich als Haushaltssprecher meiner Fraktion, als Berichterstatter des Parlaments, und als Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion für die Bereitstellung der Gelder für Großbritannien eingesetzt. Ich habe sogar mit Barbara Castle und den Labour-Abgeordneten im Europaparlament für die sofortige Freigabe der Gelder gestimmt. Aber auch in diesem Parlament gibt es noch eine knappe bürgerliche Mehrheit, und Frau Thatcher tut alles, daß sich diese Mehrheit gegen die Sozialistische Fraktion durchsetzt. So hat sie am 23. Juli an ihre konservativen Parteifreunde im Europaparlament telegrafieren lassen: Man müsse alles tun, um mit den bürgerlichen Parteien im Europäischen Parlament zusammen zu arbeiten und die Sozialisten zu bekämpfen. Deshalb haben ja auch die Konservativen für den Christdemokraten Pflimlin gestimmt und gegen den sozialistischen Kandidaten. Jetzt hat Margret Thatcher die von ihr gewünschte Zusammenarbeit, denn es war die Idee der Christdemokraten, die Dame aus London zäppeln zu lassen.

In der Sozialistischen Fraktion sieht die Beschlußlage so aus, daß wir auf jeden Fall die Gelder für Großbritannien freigeben wollen. Wenn nicht im Juli, dann im September. Diese Beschlußlage kann eigentlich nur noch von einer Person geköpft werden, nämlich von Frau Thatcher selbst. Wenn sie weiterhin auf ihrem Starrsinn beharrt, wenn sie nicht begreifen will, daß sie die Rechte des gewählten Parlaments nicht mißachten kann, dann besteht die Gefahr, daß die Gelder auch im September nicht freigegeben werden.

„Ich glaube, in Deutschland ist die Gefahr viel größer, daß nicht reichlich, aber auch nicht sachlich genug Kritik geübt wird, und daß es an persönlichem Mut und auch an der charaktervollen Beharrlichkeit fehlt, Kritik zu üben. Unsere Gefahr ist immer noch die Bereitschaft zum Verzicht auf den öffentlichen Disput und eine gewisse Vorsicht, sich durch Kritik zu vereinsamen.“

Fritz Sänger  
1964 im Deutschen Bundestag

Wir trauern um

## Fritz Sänger

\*24. Dezember 1901 in Stettin

†30. Juli 1984 in München

Fritz Sänger war der Gründer und erster Chefredakteur und Herausgeber des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“, 1947 bis 1959 Geschäftsführer und Chefredakteur des „Deutschen Pressedienstes“ – später „Deutsche Presse-Agentur“ (dpa), 1961 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Fritz Sänger war das lebendige Beispiel für journalistische Unabhängigkeit. Seine Worte „Ein Journalist nimmt keinen Befehl entgegen“, und „Journalisten müssen notfalls bereit sein, ihren Hut zu nehmen, wenn sie die Unabhängigkeit ihrer Arbeit sichern sollen“, stehen für die unerschütterliche Gradlinigkeit, mit der Fritz Sänger jedem Journalisten ein Beispiel sein sollte. Das Leben des politischen Journalisten Fritz Sänger war der Freiheit der Presse und der Unabhängigkeit der Journalisten gewidmet. Er hat uns Mut gemacht. Unser Dank an Fritz Sänger ist, daß wir uns seiner Ermutigung immer erinnern wollen.

**Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH**

**Für Redaktion und Verlag**

**Helmut G. Schmidt**

